

STEUERPOLITIK

IN KOOPERATION MIT  POLITIKMONITORING

Steuerpolitik 2014.48 vom 21.11.2014

→ TOP-ISSUES

WIRTSCHAFTSWEISE LEGEN JAHRESGUTACHTEN VOR

Am 12.11.2014 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Wirtschaftsweise“) das rd. 400 Seiten starke Jahresgutachten mit dem Titel „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“ veröffentlicht. Darin werden u. a. wirtschaftspolitische Ziele wie die Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie ein stetiges Wachstum adressiert. Das Gutachten soll grundsätzlich zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen und in der Öffentlichkeit beitragen, indem Fehlentwicklungen aufgedeckt sowie alternative Möglichkeiten aufgezeigt werden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

BMF-SCHREIBEN: KEINE ZWEIFEL AN VERFASSUNGSMÄSSIGKEIT DER ZINSSCHRANKE UND AUSLEGUNGSFRAGEN ZUM INVESTMENTSTEUERGESETZ

1. Keine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Zinsschranke

Der Bundesfinanzhof (BFH) hatte mit Beschluss vom 18.12.2013 (I B 85/13) ernsthafte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Zinsschranke (§ 4h EStG) geäußert und die Vollziehung eines Körperschaftsteuerbescheides ausgesetzt (siehe BID Steuerpolitik 2014.19). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

EU-KOMMISSION: SCHRIFTLICHE FASSUNG ZUM STAATLICHEN BEIHILFEVERFAHREN GEGEN DIE NIEDERLANDE

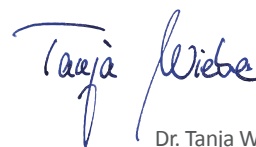
Die EU-Kommission hat am 14.10.2014 eine ausführliche schriftliche Fassung der Entscheidung zur Eröffnung eines beihilferechtlichen Verfahrens gem. Art. 108 Abs. 2 EUV gegen die Niederlande vorgelegt. Die Untersuchung wurde bereits im Juni angekündigt (siehe hierzu u. a. BID Steuerpolitik 2014.26). Geprüft werden soll, ob die Verrechnungspreisvereinbarung hinsichtlich des Einzelentscheids der niederländischen Steuerbehörden zur Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage für die Produktionstätigkeit von Starbucks Manufacturing EMEA BV in den Niederlanden staatliche Beihilfe darstellt. Die Beteiligten haben nunmehr nach Veröffentlichung der Entscheidungen die Möglichkeit, Stellung zu beziehen.

Hintergrund: <http://goo.gl/uwL3Jl>

EDITORIAL

Liebe Leser,

das lang ersehnte Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer wird am 17.12.2014 in Karlsruhe bekannt gegeben. Nun kocht die Gerüchteküche, wie das Urteil wohl lauten könnte. Über den Umfang der erforderlichen Änderungen des Erbschaftsteuerrechts gibt es zahlreiche Spekulationen. Vieles – nicht zuletzt die Nachfragen der Verfassungsrichter bei der mündlichen Verhandlung am 08.07.2014 dieses Jahres – spricht dafür, dass es nicht nur geringfügige Änderungen bei den Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen geben wird. Am 17.12. werden wir mehr wissen. Dagegen besteht bei der Zinsschranke bis auf Weiteres Unsicherheit. Die vom BFH in seinem Beschluss vom 18.12.2013 geäußerten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit werden vom BMF nicht geteilt. Vielmehr macht das BMF deutlich, dass es die Zinsschranke als zielgerichtetes Instrumentarium zur Vermeidung von Gewinnverlagerungen im Konzern mit Fiskalzweck im Allgemeinen für verfassungsmäßig hält und eine Aussetzung der Vollziehung nur im Einzelfall bei andernfalls drohenden unbilligen Härten für den Betroffenen für möglich erachtet. Da es bisher auch noch keine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht in dieser Sache gibt, stehen sich die beiden Auffassungen unversöhnlich gegenüber.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 2 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1–13

→ OUTGOING 14

vom 15.11. bis 21.11.2014

Entscheidung des Bundesrates zur Befreiung von fair gehandeltem Kaffee von der Kaffeesteuer vom 18.11.2014

→ BFH-URTEILE 15–16

vom 19.11.2014

→ BMF-SCHREIBEN 17

vom 14.11. bis 20.11.2014

→ STATUS 18–27

zum 21.11.2014

Regierungsentwurf: Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Regierungsentwurf: Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 28–30

vom 22.11. bis 28.11.2014

Bundestag: Öffentliche Anhörung im Finanzausschuss zum Zollkodexanpassungsgesetz

Bundesrat: keine steuerpolitisch relevanten Tagesordnungspunkte

Stakeholder: BDI zur Energiesteuer

BMWU UNTERBREITET VORSCHLAG ZUR STEUERLICHEN FÖRDERUNG DER ENERGETISCHEN GEBÄUDESANIERUNG

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie plant im Rahmen des Programms „Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz“ („NAPE“) einen erneuten Versuch, die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung einzubringen. Der Aktionsplan soll am 03.12.2014 von der Bundesregierung beschlossen werden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 9](#)

BMF-SCHREIBEN ZU DEN GOBD – FINALE FASSUNG VERÖFFENTLICHT

Gut ein Jahr vor dem 20. Geburtstag des BMF-Schreibens vom 07.11.1995 werden die Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) wohl noch im November 2014 durch die GoBD (Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff) abgelöst. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 10](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BAYLFST: AUSÜBUNG DES WAHLRECHTS IN FÄLLEN DER EINBRINGUNG NACH §§ 20, 21, 24 UND 25 UMWSTG

BFH: STRUKTURIERTER EUR-ZINSSWAP UNTERLIEGT DER VERLUSTAUSGLEICHSBESCHRÄNKUNG

Diese Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 12](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de



BESTELLFAX AN 030. 290 21 11 4 -30



PROBEABONNEMENT

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BID.AG

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für zwei Ausgaben für Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die beiden kommenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes zur Probe:

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
-

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

**PARLIAMENTARY
MONITORING &
POLITICAL INTELLIGENCE**

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter www.monitoring.tagesspiegel.de

REDAKTION

Für Fragen steht Ihnen die Chefin vom Dienst zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.290 21 11 4 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -20

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -23

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -21

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Der Tagesspiegel
Redaktion Berliner Informationsdienst
Askanischer Platz 3
10963 Berlin
monitoring.tagesspiegel.de